

# Merkur-Zeitung

Unparteiische Zeitung für (Preisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freiübend, Ortsbezug halbmil. 1.10. Halbjahr monatl. Nachdruck vorbehalten. Ercheint werktäglich nachmittags. Einzelnummern 15 Oplg., Sonnabends 25 Oplg. Postfachkonto: Amt Leipzig Str. 16 654. Geschäftsstelle: Postfach 4; Zweigstelle: Postfach 38. Für unerwünschte Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erschließungsamt Merseburg, Im Jule 38, Gew. (Streik u. n.) besteht k. Anpr. a. P. oder. a. K. Adressen.



**Anzeigenpreis** Für den achtpfeiligen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklamistell 32 Goldpf.; für 10 Zeilen und Nachdruckung 21 Goldpf. Nachdruck. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Flagorpflicht ohne Verbilligung. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 72 Dienstag, den 25. März 1924 164. Jahrgang

## Die Franzosen gefährden den Sachverständigen-Bericht.

**London, 24. März.** Die Londoner Reise der englischen Sachverständigen und Verhandlung zur Beratung mit Madon nach und dem Schatzamt behält unter Madon, daß die Kaufschiffe nun, wo sie die zurückgestellten kritischen Punkte entscheiden sollen, nicht weiterkommen.

Die Franzosen beharren unmissig auf allen ihren unmöglichen Forderungen, einschließlich der Beschlagnahme während des Moratoriums, unmöglichen internationalen Anleihen, und haben seit dem Austritt aus dem Lager die hohen Anleihen nach dem Moratorium. Der diplomatische Mitarbeiter der Westminster Gazette, gibt nun die besprochenen ersten Meinungsverschiedenheiten zu. Madon hält fest an der Ansicht, Sonderverhandlungen mit Poincaré vor dem Einzug der Berichte abzuschließen. Der Leitartikel der Westminster Gazette, weist auf den schlechten Eindruck den Madon nach völliger Konzentration auf die Schaffung einer zünftigen Kommission in Paris auf das deutsche Volk machen möchte und fragt, ob die Arbeiterregierung keine Schritte machen könne, welche zeigen, daß sie Deutschland nicht völlig vergessen habe.

**Erneuter Bruch des Ehevertrages.**

**Birmensdorf, 25. März.** Im Widerspruch zu dem Abkommen von Speyer hat der hiesige französische Beizugsdelegierte auf das Geheiß der Generalität von den Separatisten ausgewiesenen Bürgermeisters und W. G. und des ebenfalls von ihnen ausgewiesenen Stadtrats Feldmüller ein Mandatbefehl erlassen, die beiden Herren seien zwar von den Separatisten ausgewiesen worden, aber ihre Ausweisung sei schon vorher von den Franzosen bestimmt gewesen. Sie hätten sich nicht an andere Ausweise, eines Ablegers, sondern den Befehl von Speyer an der Delegation gewendet.

**Schwedische Fische nach dem Ruhrgebiet.**

**Kopenhagen, 25. März.** Die schwedischen Ergreifungen nach dem Ruhrgebiet sind wieder aufgenommen worden. Die fahrenden deutschen Firmen des Ruhrbezirks beschließen, frühere und neue Verträge mit den schwedischen Exporteuren in solchem Umfang auszuführen, daß die Exportleistung des Ruhrgebietes im Monat April mindestens 75 Prozent des Friedensniveaus erreicht.

**General de Mey als Missionar.**

**Ludwigshafen, 25. März.** Wie die „Deutsche Jtg.“ hört, ist einer der Gründe der bei bestehenden Alltagsverhältnisse für Rheinische Kohlen- und Zementwerke, eines Ablegers, eines laarländischen Unternehmens, der berüchtigte französische Delegierte für die Pfalz General de Mey.

### Die Kraft von Beweisen.

Die Ablehnungen von offiziellen französischen und französischen Stellen und die Demotens von Poincaré und Bensch in Sachen der französisch-deutschen Geheimverträge sind selbst für die Prager Presse nicht so beweiskräftig, daß sie nicht nach neuen Anknüpfungspunkten zum Kampf gegen die fatalen Verfassungsverstöße suchte. So hat sie jetzt einen Zitat aus dem Geheimprotokoll der Belgischer Konferenz vom 10. Januar 1924 eine Stelle aus einem Protokoll Andraffy-Bismard gegenübergestellt und folgert aus der Mehrfacher des Ausdrucks und der Tonart, daß der „plumpe Häufchen“ sich einfach nach diesem Vorbild gerichtet habe. Wir finden es nicht wenig bemerkenswert, daß bei der bekannten grauen Einnichtigkeit jeden diplomatischen Zitates sich der junge Mitarbeiter, mit der Vorbereitung dieses Dokuments beauftragt war, an ein berühmtes Mäthel gehalten hat, besonders wenn er eifrige Hochzeiten betrieb. Ein solcher „Beweis“ ist wirklich kein Grund, die Veröffentlichung des „Berl. Tageblatts“ für falsch zu halten, besonders da sie so ganz in den Rahmen der Nachpolitik passen, unter der wir jetzt zu leiden haben. Eins aber ist unveränderlich, es gibt „deutsche“ Zeitungen, für die diese Feststellungen Benschkraftig sein! In der „Vorwärts“ und die „Westfälische Zeitung“ sagen, daß das „Berl. Tagebl.“ leichtsinnig zu Werke gegangen und offenbar einem Fälscher zum Opfer gefallen wäre! Die Geheimdokumente haben in der ganzen Welt, besonders in Italien und England ein ungeheures Aufsehen erregt, und alle Zeitungen, die in ihrer Meinungsäußerung nicht gebunden sind, erkennen die Echtheit dieser Dokumente an zwei der größten Aine der Politik ihres früheren Beschüßten, den sie ja doch kennen müssen. Und da ergreifen diese zwei „deutschen“ Zeitungen, die von Anfang an diese Veröffentlichung nicht wohlwollend betrachtet, jetzt den ersten Schwächling Anhalt, um sie endgültig abzutun. Aus propagandistischen Gründen brauchen wir diese Aktion ganz gewiß nicht, weil wir die Einschließung, von der sie zeugen, ja tagtäglich an der Behandlung deutscher Angelegenheiten erkennen können. Gerade diese beiden Zeitungen haben nie aufrichte deutsche Worte gefunden, die die französische Einstellung an diesen täglichen Wechspielen gezeigt haben. Wenn sie jetzt, wo die Beweise so knallpfeilig herabkommen, immer noch abspäzieren wollen, dann machen wir ihnen doch raten, doch nicht gar zu objektiv! (sm-hm) zu sein, denn das fällt nachgerade auf. Immerhin ergeben sich die besten Möglichkeiten dafür, daß die „Westf. Jtg.“ und der „Vorwärts“ über die nächsten Geheimdokumente registriert-öffentlicher Organisationen ebenso vorzüglich urteilen werden. Eine Unmenge von persönlichen Entwürfen, von Nichtigstellungen und peinigenden Rückzügen wird dann unterliegen. Lieberhaupt ist ein idealer Zustand innerer Ruhe wird eintreten. Ach wäre doch der „Vorwärts“ und die „Westf. Jtg.“ auch so vorzüglich prüfend an die Berisprudungen des Herrn Wilson herangegangen und würden sie vorzüglich in der Beurteilung der schönen und uralten Paragraphen der Volksrechtssatzungen!

### Wiederaufnahme der Tätigkeit der Sachverständigen-Ausschüsse.

**Paris, 25. März.** Die englischen Mitglieder der Sachverständigen-Ausschüsse in Brüssel und St. Paul sind gestern nach Paris zurückgekehrt. Heute nehmen die Unterarbeitschüsse ihre Tätigkeit wieder auf, und zwar wird der Ausschuss heute vormittag zusammentreten, am Nachmittag um 3:30 Uhr der Unterarbeitsrat für Budgetfragen. Um 11 Uhr verammeln sich die Mitglieder des Währungs-Ausschusses, um zu der Frage der deutschen Eisenbahnern erneut Stellung zu nehmen. Das Komitee Dawes wird, wie schon gemeldet, am Mittwoch zu einer Vollziehung zusammentreten.

### Strafantrag gegen Rahe.

**Frankfurt am Main, 25. März.** Der Republikanische Reichsbund hat bei der Wüchsener Staatsanwaltschaft einen Strafantrag gegen Rahe, Köhler, Zeffner, Kuttler und seinen Minister des Innern Schmeier wegen Verbrechen gegen den § 346 des Strafgesetzbuches gestellt. Es heißt in dem Strafantrag, daß diese Personen als Beamte verpflichtet gewesen wären, für die Verhütung des wegen Weinseldes angeklagten früheren Kapitänsleutnants Schrapert einzutreten.

### Strafantrag gegen Rahe.

**Frankfurt am Main, 25. März.** Der Republikanische Reichsbund hat bei der Wüchsener Staatsanwaltschaft einen Strafantrag gegen Rahe, Köhler, Zeffner, Kuttler und seinen Minister des Innern Schmeier wegen Verbrechen gegen den § 346 des Strafgesetzbuches gestellt. Es heißt in dem Strafantrag, daß diese Personen als Beamte verpflichtet gewesen wären, für die Verhütung des wegen Weinseldes angeklagten früheren Kapitänsleutnants Schrapert einzutreten.

**Anerkennung des Deutschen Volksbundes in Kanton.**

**Wien, 25. März.** Wie von unterrichteter Seite bekannt, hat der Völkerverbund in seiner letzten Sitzung den Deutschen Volksbund in Kanton als rechtmässige Vertretung der deutschen Minoritäten in Politisch-Oberösterreich rechtlich anerkannt. Der politische Vertreter E. K. und hat diese heit noch nicht gefast.

**Beförderungssperre und Ortsklassenverzeichnis.**

**Berlin, 25. März.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, trifft die Meldung von der Aufhebung der Beförderungssperre bei den Beamten nicht zu. Die Meldung ist ebenfalls Erbgültigkeit Befestigung sind in dieser Angelegenheit noch nicht gefast.

Es ist ebenso unzutreffend, daß die Reichsregierung eine Revision des Ortsklassenverzeichnisses vorgenommen habe. Es sind lediglich infolge eines älteren Beschlusses eine Reihe eingetragener Orte in eine höhere Ortsklasse versetzt worden. Eine Neprüfung des Ortsklassenverzeichnisses kommt nach wie vor nicht in Frage.

### Schachts letzte Ausrüstung.

**Paris, 25. März.** Die „Westf. Jtg.“ meldet: Der Reichsbauminister hat gestern nachmittags eine Unterhaltung mit dem belgischen Sachverständigen Franzois. Dr. Schacht hat die Ansicht, die Witkows in Paris zu bleiben, um sich zur Verfügung der Sachverständigen zu halten.

### Anerkennung des Deutschen Volksbundes in Kanton.

**Wien, 25. März.** Wie von unterrichteter Seite bekannt, hat der Völkerverbund in seiner letzten Sitzung den Deutschen Volksbund in Kanton als rechtmässige Vertretung der deutschen Minoritäten in Politisch-Oberösterreich rechtlich anerkannt. Der politische Vertreter E. K. und hat diese heit noch nicht gefast.

### Die von Deutschland geleisteten Zahlungen.

**Ein Kommuniqué der Repts.**

**Paris, 25. März.** Die Reparationskommission veröffentlicht in einem Kommuniqué Angaben über die von Deutschland bis zum 31. Dezember 1923 geleisteten Zahlungen. Insgesamt hat Deutschland bis zu diesem Datum 8.411.339 Goldmark gezahlt. Davon sind 2.719.093 Goldmark unter den einzelnen Ententeanteilen verteilt worden. Die Ziffern sind mit tausend zu multiplizieren. Es 5.692.246 Goldmark, die von der Reparationskommission an die verbündeten Staaten ausgeschüttet wurden, verteilten sich wie folgt: 1.903.544 Goldmark in bar, 3.420.190 an Sachlieferungen und 368.512 an überlassenem Eigentum. Von diesem Betrag müssen abgezogen werden 392.216 Goldmark, die Deutschland für Kohlenlieferungen vorgeschrieben wurden, außerdem 2.613.611 Goldmark an Besatzungsstellen und Aufwendungen für die unterstellten Militärkontingente und an Kleinen Posten 3030 Goldmark. Das verbleibende Saldo beläuft sich auf 2.683.389 Goldmark. Die einzelnen Staaten haben von der Reparationskommission bisher erhalten: Großbritannien 1.318.882 Goldmark, Italien 397.932 Goldmark, Belgien 1.732.756, Frankreich hat insgesamt bekommen 1.804.192 Goldmark, wovon 238.722 Zurückstellungen für Kohlenlieferungen geleistete Vorstöße ausmachen. 1.375.339 Goldmark Besatzungs- und Kontrollkosten sowie 2147 Goldmark für kleinere Ausgaben. Es verbleibt Frankreich ein verfügbarer Nettobetrag von 183.770 Goldmark. Die Salben angunsten der anderen Länder betragen: Großbritannien 152.877, Italien 358.104, Belgien 1.475.920 Goldmark.

### Die Eisenbahnarbeiter verlangen erhöhte Löhne.

**Die Organisationen der Eisenbahnarbeiter** sind im Reichsverbandenministerium zwei Einleitung halber Verhandlungen über eine Löhnerhöhung vorzeitig geworden, wobei sie darauf hinwiesen, daß infolge der Erhöhung der Beamtengelder sich der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben, insbesondere bei der Eisenbahn, eine große Unruhe bemächtigt habe. Wenn nicht alsbald ein Termin für Verhandlungen angesetzt würde, so könnten die Organisationen die Verantwortung für die Folgen eines solchen Verhaltens des Reichsverkehrsministeriums übernehmen.

Seitens des Verkehrsministeriums wurde demgegenüber betont, daß vor etwaigen Verhandlungen zunächst die noch ausstehende Vereinbarung über einen neuen Tarifvertrag über der Reichsbahn erledigt werden müsse. Erst bei der Beendigung der Verhandlungen über den Tarifvertrag zu vereinbaren und die daraus gemannenen Erfahrungen den Arbeitern wiederum in Form erhöhter Löhne zugute kommen zu lassen. Aber auch hierfür ist naturgemäß eine Einigung über den Tarifvertrag selbst in erster Linie notwendig. Im übrigen bewegen sich die Vögher der Eisenbahnarbeiter zur Zeit auf der Höhe der Industriehöhe, zum Teil überliegen sie diese noch. Seitens des Ministeriums wurde bei dieser Gelegenheit betont, daß man unter allen Umständen eine Lösung der Lohnpolitik von der Beamtenselbstbestimmungspolitik erziehe. Man einige sich schließlich dahin, daß voraussichtlich für Ende dieser Woche die Verhandlungen mit den Organisationen beginnen sollten.

aber, daß die Zeit der Wiedergutmachung (Wiedergutmachung in umgekehrten Sinne der Reparationen) doch bald kommen möge.

### Die leihenden Micum-Verträge.

**Berlin, 25. März.** Ein Berliner Abendblatt berichtet, daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen dringende Vorstellungen bei dem Sachverständigen-Ausschuss erheben werde, seine bisherigen Arbeiten einige Zeit zu unterbrechen und in die Regelung der Micum-Frage einzugreifen. Wie der „Telegraphen-Union“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, trifft diese Werbung nicht zu. Man weiß darauf hin, daß man sich von einem solchen Schritt, auch wenn er geschieht, keinen Erfolg versprechen könne, da dem Sachverständigen-Ausschuss eine derartige Einwirkungsmaßnahme auf die Frage der Micum-Verträge gar nicht zusteht.

### Dr. Jarres auf der norddeutschen Messe.

**Miel, 24. März.** Bei der gestrigen Eröffnung der „Norddeutschen Messe“ ergriff u. a. auch der Reichsminister Dr. Jarres das Wort. Er betonte, daß die Reichsregierung selbstverständlich an der Entwicklung einer so schwer geprüften Provinz wie Schleswig-Holstein den regsten Anteil nehme. Die Umstellung Miels nach dem Zusammenbruch im Jahre 1919 sei gelungen. Zur weiteren Entwicklung der wäheren Entwicklung Miels (Spendentun) würde das Reich infolge der finanziellen Situation zurzeit aber leider nicht in der Lage sein, da es im Augenblick zunächst gelte, die Währung stabil zu halten, wobei die Wirtschaft ihre Unterlegung nicht verlassen dürfe. Er als Reichsminister fühle besonders die schwereren Leiden Schleswig-Holstein, hoffe

### Die Reichstagskandidaten der D. D. P.

**Für den Wahlkreis Dresden-Bautzen.**

**Berlin, 24. März.** Auf der gestrigen Tagung der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Dresden-Bautzen, wurde u. a. auch die Kandidatenliste für die Reichstagswahlen festgelegt. Es steht an erster Stelle Erzengel Dr. Heine, an zweiter Stelle Landtagsabgeordneter Syndikus Dr. Schneider, an dritter Stelle der Landtagsabgeordnete Verbandsgeschäftsführer Bogl. An 4. Stelle wird ein Vertreter des Landtags gewählt kommen, doch sind mit der bezüglichen Verantwortlichkeit noch Verhandlungen zu pflegen. An 5. Stelle kandidiert die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Herwig, an 6. Stelle steht als Vertreter der Bauwirtschaft Dr. Diener von Schönborn. Weiter hat sich der Wahlkreisvorsitzende schriftlich gemacht, dafür anzutreten, daß die Kandidaturen Dr. Sarag und Cverlings auf die Reichstagsliste zu stehen kommen.

### Vertreter der Sechser-Kommission in Berlin.

**Berlin, 24. März.** Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, werden heute Abend Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie in Berlin eintreffen, um mit der Reichsregierung über die Frage der Micum-Verträge die bekanntlich am 15. April abzulegenden Verhandlungen abzuhalten. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Reich finanzielle Aufwendungen für die weitere Durchführung der Micum-Verträge nach dem 15. April nicht mehr machen kann. Die Verhandlungen mit der Sechser-Kommission, die ursprünglich schon heute nachmittags stattfinden sollten, werden erst am Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanziers beginnen.

### Die demokratischen Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis.

**Berlin, 25. März.** Die Deutsch-Demokratische Partei des Wahlkreises Rölln-Wagen stellte für die Reichstagswahlen die Kandidatenliste fest. Sie lautet: Landtagsabgeordneter Dr. Göttschall aus Commerbach als Spitzenkandidat und an zweiter Stelle die Reichstagsabgeordnete Dr. Marie Giffarth v. d. Büchel.

**Die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für Thüringen.**

**Weimar, 24. März.** An der Spitze der Liste der thüringischen Reichstagskandidaten der SPD, steht der thüringische Reichstagsabgeordnete Wilhelm B. d. Götze. Dem folgt Reichstagsabgeordneter Dr. O. J. v. d. Götze, Landtagsabgeordneter Dr. Fröhlich-Weimar, Frau Mathilde W. u. M. Berlin, Bezirkssekretär Dietrich-Erfurt, Kreisdirektor a. D. Mauerer-Commerbach, Heinrich d. e. n. v. Nordhausen, E. R. Krieger-Gera. Der thüringische Reichstagsabgeordnete Arthur Wolfmann-Sommerfeld, der der alten gemäßigten Richtung angehört, ist nicht wieder aufgestellt worden.







**Freyberg-Drei-Eff**  
**Freyberg-Export**

Die unübertroffenen Spezialbiere der  
Freyberg-Brauerei kommen nur in der höchst  
zulässigen Stärke zum Ausstoß.

**202. Bildungsabend.**

Montag, den 31. März abends 8 Uhr im  
Grossen Saal. Frau Charlotte Frand-  
Röding liest vor aus ihren Gedichten und ihren  
Festspielen (Bismarck und Duerfing) und ihren  
Schwarzweisser von Antwerpen) und Novellen.  
Die Leitung der Bildungsabende.

**Bismarckfeier**

am 31. März, abds. 8 Uhr im „Casino“.

Konzert d. Beamtenorchesters,  
Gesangsquartette,  
Theater,

Festrede: D. v. Cynern, M. d. L.  
Alle deutschen Männer und Frauen sind  
herzlich eingeladen.

Die Deutsche Volkspartei.

**Geschäfts-Gründung.**

Einer gebieten Einwohnerschaft von  
Merseburg und Umgegend zur gefl. Kenntnis,  
daß ich mit dem heutigen Tage im Grundstück  
Leichstraße 21 ein Atelier für

**feine Kunst-Malerei**

eröffnet habe. Empfehle mich speziell zur  
Ausführung feiner Wohnungs-, Saal-  
und Bühnenmalerei und sichere saubere  
und geübene Arbeit bei billiger Preis-  
stellung an. Mit der Bitte, mein Unter-  
nehmen gütigst zu unterstützen, zeichne mit  
Hochachtung

Wilhelm Budeus, Leichstraße 21,  
Kunst- und Dekorations-Malerei.  
Telefon 410.

NB. Die Renovierung des Saales im Ball-  
Etablissement „Funkenburg“ ist nach eigenen  
Entwürfen obengenannter Firma ausgeführt.



Direkt importiert! Aus erster Hand!

Mehrere Ladungen belgische

**Uckerpferde,**  
Oldenburger und Seeländer  
**Wagenpferde,**

nur allererster Qualität, sind heute eingetroffen.

Robert, Lude, Querfurt.  
Fernruf 264.  
Eigentümer der früh. Trautmannschen Ställen.

Das neue

**Wand-Telefon-Verzeichnis**

für Merseburg (in Plakatform)

mit allen neuen Anschlüssen ist  
im Verlage des Merseburger Tage-  
blatt erschienen und zum Preise von  
25 Pfg. in unseren beiden Geschäftsstellen:

Älterstrasse 4 u. Gotthardstrasse 38  
(Halber Mond)  
zu haben.

**Die Deutschnationale Volkspartei**

ladet alle nationalen Männer und Frauen von Merseburg  
und Umgegend zu ihrer am **Mittwoch, den 2. April,**  
abends 8 Uhr, im gr. Saal des „Tivoli“ stattfindenden

**Bismarckfeier**

ein.

Festredner Herr Reichstagsabgeordneter **Bruhn-Berlin.**  
Die Weissenfeller Theatergruppe führt in neuer Aufmachung  
(70 Mitwirkende) Paul Heyjes historisches Schauspiel

**Kolberg** auf.

Eintrittskarten (50 Pfg.) sind in der **Vonckschen Buchhandlung** und  
an der Abendkasse zu haben. **Der Vorstand.**



Alleerstes weisses  
**Schmalk**  
frische Eier  
Stück 12 Pfg.  
**F. H. Krause,**  
Gotthardstrasse  
u. Burgstrasse.

Zur  
**Konfirmation**  
anerkannt gute  
Qualitäten  
in  
**Uhren**  
Gold- und  
Silberwaren  
ingenue  
**Trauringe**  
kaufen Sie vorteilhaft  
bei  
**Gottfr. Schrant**  
Uhrmacher  
**Halle a. S.**  
Schmoersstr. 4 Tel. 4374  
Reparaturen  
prompt und billig

Ein geführter Artikel für  
Händler und Wieder-  
verkäufer sind  
**Arbeitsweifen**  
in Pilot, Birn und  
Manchester etc. Preisliste  
gratis durch  
W. Kistler, Leipzig  
Aberstraße 20.

**Motorrad-  
Reparaturen**

werden sauber und billigst  
ausgeführt durch die mit dem  
heutigen Tage eröffnete Firma

**Bringe & Co.**

Annahmestelle: Domplatz 2 bei Beyer.

Suche zum 1. oder 15.  
April ein sauberes christliches  
**Hausmädchen.**  
Ein kräftiges, fleißiges  
und ordentliches  
welches die Schule verläßt.  
**Ostermädchen**  
ge sucht.  
Fr. Ackermann,  
Halle/S., Thomassstr. 15  
Telefon 5643.

**Deutschvölkische  
Freiheitspartei.**

Ortsgruppe Merseburg.

**Öffentl. Versammlung**

im „Casino“ in Merseburg  
am **Mittwoch, den 26. März 1924,**  
abends 8 Uhr.

Herr Hofrat **Lehmann-Schiendorf**  
spricht über den

**wahren Kapitalismus  
und seine Helfer-Selber.**

Er scheint in Massen.

Wir bitten unsere Kundschaft davon Kenntnis zu  
nehmen, daß wir vom 20. März dieses Jahres ab bis  
auf weiteres

**Guthaben**

in laufender Rechnung mit	8%
bei 14 tägiger Kündigung mit	10%
bei 1 monatiger Kündigung mit	11%
bei 3 „ „ „	12%
bei 6 „ „ „	13%

verzinsen, um den bargeldlosen Verkehr wieder zu heben.  
Je umfangreicher von dem Scheck- und Ueberweisungs-  
verkehr Gebrauch gemacht wird und je mehr sich da-  
durch die Umlaufmittel wieder bei den Geldinstituten  
konzentrieren, um so eher sind diese auch in der Lage,  
ihrer Kundschaft die benötigten Kredite zur Verfügung  
zu stellen.

- Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Filiale Merseburg-  
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft  
Filiale Merseburg.
- Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempff & Co.  
Kom. Ges. auf Aktien, Filiale Merseburg.
- Kreissparkasse Merseburg.
- Merseburger Vereinsbank E. G. m. b. H.
- Sächsische Provinzialbank.
- Friedrich Schultze.
- Städtische Sparkasse, Merseburg.

**Gangschweine**  
zu verkaufen  
Rensdorf Nr 36

**Gangschweine**  
hat abzugeben  
Fischer, Göhrlich.

**Möbl. Zimmer**  
von anständigen Herrn per  
 sofort oder später gesucht.  
Angebote unter 255 an die  
Gef. d. Bl.

Empfehle von heute ab einen Transport

**Original Oldenburger**



**Wagen-  
Pferde**

mit Brand (keine Schweden oder Seeländer).

**Aleppel, Querfurt.**  
Telephon 35.

**Das Bier für den Kenner! „Märzen-Urquell“**

ein helles Starkbier von hervorragender Qualität, kommt ab heute zum Ausstoß.

**Stadtbrauerei F. Oettler, Weissenfels a. S.**

Sämtliche Biere der Stadtbrauerei F. Oettler sind gebraut aus rein Malz und Hopfen.

Die Steuervorlage angenommen.

Die gestrige Sitzung brachte zunächst die Einführung der Frau Eina Scheiber anstelle des verstorbenen Stadtratsordener Eiskaner. Dann geschied der Stadtratsordener Junfer in warmen Worten des Verabschieden. Zum ihrem Gedächtnis, erhoben sich die Anwesenden von ihrem Plätzen.

Wir haben über diese Pläne bereits in unserer Freitagnummer ausführlich berichtet. Stadtratsordener Junfer schlug im Interesse der Besetzung vor, zunächst die einfacheren Punkte zu behandeln. Dieser Antrag schloß sich die Verammlung an, insofern man sich zunächst mit den Stützungen und Verhältnissen beschäftigte. Deren Inhalt ist die Stadtratsversammlung übernahm einen Vertrag ab. Es wird daher der Beschluß gemacht, die ertraglosen Stützungen aus dem Haushaltsplan auszuscheiden und sie als Zeugnisse oder Menschenfreundlichkeit für den Asten zu legen.

über den Stadtv. Vorher referierte, sich etwas zu regen, was man als Wahlpropaganda anzusprechen versucht ist. Stadtv. Krüger schloß vor, nach Möglichkeit den 8-8-1 und den 8-8-2 beizubehalten, um der dadurch notwendigen Mehrarbeit Erwerbstätige beschäftigen zu können. Sein weiterer Vorschlag, Herr Stadtv. Richter hält ihm vor, daß diese Erkenntnis reichlich spät komme, er habe früher die Erwerbstätigen Kaufleute genannt. Stadtv. Krüger weist diesen Vorwurf entschieden zurück. Zur Sache selbst stellt Oberbürgermeister Ergog mit, daß die Stadt der Arbeitsbeschaffung angehe, und daß von dieser mit der Arbeiterorganisation ein Schiedspruch angenommen wurde, wonach

ab 1. April der 9-Stunden-Arbeitslag mit Erhöhung des Lohnes eingeführt würde. Diese Eröffnung erregt die Entrüstung der Linksparteien. Stadtv. Krüger beantragt daher über diesen Organisationsbeschluß einen Gemeinderatsbeschuß zu fassen, die Weiterbehaltung des 8-Stunden-tages zum Gegenstande hat. Da aber die Schiedspruch endgültig ist, muß der Antrag fallen gelassen werden. Dies gibt Stadtv. Kochen Gelegenheit, gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. Nach langen Auseinandersetzungen beschließt die Verammlung mit Stimmenmehrheit die Beschaffung des 8-Stunden-tages zu erreichen zu versuchen (!!).

Dann wird auch der aufgestellte Haushaltsplan für die allgemeine Verwaltung genehmigt. Desgleichen der Etat der Ruhegehälter, Witwen- und Waisengehälter. Ueber die Grundigentumsverwaltung referiert Stadtv. Wolf. Er empfiehlt die Annahme des Etats, bemängelt aber den zu geringen Nachtrag des Gutes Werder. Bürgermeister Dr. Wolfbach kann daraufhin mitteilen, daß mit Hilfe des Pachtungsamtes erledigt worden ist, daß dieser Betrag sich wesentlich erhöhen wird.

Ueber den Etat der Polizeiverwaltung referiert Herr Stadtv. Wolf.

Im Anschluß daran bittet er um Stellungnahme des Magistrats zu Gerichten, die in der Stadt umlaufen, wonach bei einer Veranlagung im Ratzefer

Schulpolizist und Magistratsmitglieder das Gehörbittet werden. Die Oberbürgermeister stellt dazu fest, daß bei dieser Veranlagung Magistratsmitglieder dabei waren. Jedoch waren sie dort als Privatpersonen, die als solche tun und lassen können, was ihnen beliebt. Stadtv. Krüger erwidert, daß er sich in dem Sinne dieses Votums einen Antrag auf die Verabschiedung des Etats stellen will. Auf den Inhalt des Stadtv. Wolf, ob er statet, die die Funktionen zu fassen, wird ihm diese Recht von der Linken zur allgemeinen Heiterkeit ertrag gesprochen. Oberbürgermeister Ergog stellt dann ausdrücklich fest, daß sich Magistratsmitglieder am Singen des Gehörbittes nicht beteiligen dürfen.

Zur Sache selbst bemerkt Stadtv. Kochen, daß mit der Schulpolizei genügend Polizei vorhanden sei und bittet die Vorlage abzulehnen. Auf ipötrische Zwischenred. des Stadtv. Wolf ruft Stadtv. Richter: „Neben Sie doch nicht

das, was Sie verstehen das doch nicht!“ (!!). Es kommt zu einer

Kontroverse Maslo gegen Kochen, die allgemeine Heiterkeit erregt. Nachdem fargestellt worden ist, daß die grüne Polizei nur den Straßenbüsten zu versehen hat und zur Veranlagung des Einwohnereinsatzes und Vernehmung des Kriminalbüsten die Erspolizei nötig ist, wird die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Wie vorauszusehen war, entpinnen sich eine längere Debatte über das

Die des Wohlfahrtsamtes. Dem Stadtv. Richter erwiderten insbesondere die für das Jugendamt eingetragenen 5000 Mark zu gering, ebenso die 26 000 Mark für das Arbeitsamt. Unersätzt wird er von Stadtv. Kochen. Herr Stadtv. Weiser teilt dazu mit, daß diese Beträge sich kaum bedeutend durch freiwillige Spenden erhöhen. Ueberhaupt wird die ganz private Wohlfahrt organisiert, um zu verhindern, daß man sie ausnutzen. Die Sammlung und Verteilung der Spenden wird künftig durch die Stadt erfolgen. Bei der Behandlung dieser Fragen konnte man sich nicht des Einrades erwehren, als wollten die Kommunisten wieder ein wenig die Wahlstimmen fressen. Der Haushaltsplan wird gegen ihre Stimmen angenommen.

Zur schnell erledigen sich die Vorlagen über die Vermögens- und Schuldenverwaltung und der Feuerweh. Erst der Schluß der Sitzung erregt die Gemüter wieder. Stadtv. Kochen fragt, ob die Lehr- und Barmittelbeschaffung dabei genügend in Rechnung gezogen ist. Stadtv. Weiser erwidert, daß die Festlegung im Einverständnis mit den Schulleitern erfolgt ist. Diesmal sind auch größere Beträge für Instandhaltung der Räume eingeleitet worden. Hierfür schlägt Stadtv. Wolf vor, das Seminar, das zum Teil leer steht als Volkshalle zu verwenden. Ferner bittet er, aus den Schulbibliotheken die Bücher zu entfernen, die hygienischen Anforderungen der Herrscherpersonen enthalten (!!). Der Oberbürgermeister teilt mit, daß in der Frage bereits mit den Schulleitern in Verhandlungen mit der Regierung gepflogen werden, die im übrigen

die Errichtung einer Realschule in Merseburg endgültig abgelehnt hat.

Es sei auch versucht worden, zu erreichen, daß sich die höheren Schulen selbst erhalten. Die Regierung hat nur einen Vorschlag von 25 Prozent auf die Schulgelber gestatter. Dadurch wird sich der Zuschuß für das Jugendamt verringern. Die Errichtung der Bibliotheken ist in meine Schulungsbücher. Es sei hier jedoch im allgemeinen Wert auf eine vernünftige Auswahl der Bücher gelegt worden. Stadtv. Kochen nimmt dabei Gelegenheit, die Schulen überhaupt anzugreifen, in denen nicht freie Menschen, sondern Lohnsklaven erzogen werden. Man soll den Kindern die wahren Größen des Volkes nahe bringen: Kant, Hegel, Feuerbach. Sie sollen harkeltig gehalten werden. Die letzten Lehrer werden nicht mehr in der Lage sein, weil sie selber noch die alte entmanende Erziehung genossen haben (!!). Stadtratsordener Junfer weist in seiner Eigenschaft als Lehrer die

Kritik an der Oberbürgermeister entschieden zurück. Der Vorschlag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Der Haushaltsplan der außerordentlichen Rechnungen wird angenommen. — Rummel referiert Herr Stadtv. Dr. Heilmann über den Haushaltsplan. Er zigt am Beispiel anderer Städte, daß die hier vorgeschlagenen Steuern durchaus tragbar sind und empfiehlt

Der Millionengarten

Roman von Reinhold Erdmann.

[27] (Nachdruck verboten.)

Zwei helle Edmentöpflein blinkten jetzt, ihr selber wußt und bewußt, an Hertas Wimpern. Da legte Hoff Meiners fast und weith seine große harte Rechte auf ihre gefalteten Hände, die mit sanftem Druck umschwebten. Und das Mädchen machte keine Bewegung, sie der kinden Gefangenschaft zu entziehen. Sie wandte den Kopf nicht nach ihm und ihre Wangen färbten sich nicht höher. Erst als wie ein flügender Eselstärker aus unerschütterlich fernem, reinen Westen die letzten Akkorde verhallt waren und ihre Brust sich in einem tiefen Atemzuge gehoben hatte, sah sie für einen Moment zu ihm auf. Es war wie eine Stimme, mehr demütige als vorwurfsvolle Bitte, und langsam nahm er seine Hand zurück. Keiner von ihnen sprach ein Wort. Schweigend erhoben sie sich von ihren Plätzen, und schweigend breitete Meiners draußen in der Kleiderablage den Mantel über ihre Schultern. Als wäre es ganz selbstverständlich, daß er sie begleite, traten sie auf die Straße hinaus. Und schon waren Minuten ihrer gemeinsamen Wanderung verstrichen, als Herta mit leiser Stimme sagte:

„Was wäre unter Leben ohne die Erhebungen und Trübungen durch die Musik! Manchmal ist mir's, als ob nur die Kunst es überhaupt lebenswert machte.“

„Der schönste Schatz unseres Lebens ist sie auf jeden Fall. Freilich wußt nur dann, wenn wir sie mit dem rechten Instanz zu füllen wissen. Nur dem, der an sich schon reich ist, vermag sie etwas zu geben. Was bedeutet das herrliche Viebespiel für einen, dessen Herz nicht voll von Liebe ist! Und auf ein Viebespiel läuft doch am Ende alles hinaus — das tiefgründigste, gedankenreichste Meisterwerk wie die flüchtige Eingebung eines von Leidenschaft bewegten Augenblicks.“

„Ich weiß nicht“, erwiderte sie nachdenklich. „Und jedenfalls gilt es doch nur für die Musik. Die künstlerischen Werke eines Bildhauers zum Beispiel.“

„Ja, das ist freilich etwas anderes. Aber ich meine, die besten unter ihnen sind auch immer nur ein Symphonie an die Liebe gewesen. Und zum mindesten weiß ich, daß meine schwachen Versuche von nun an nichts anderes sein werden.“

„Dann wäre ich wohl begierig, sie zu sehen.“

„Ich nehme Sie beim Wort. Wann darf ich Sie in meinem Atelier an der Plataneustraße erwarten?“

Mit einem freundlichen Kopfnicken stimmte Herta ihm zu. „Es ist schwer, Ihnen zu widersprechen. Und ich gestehe ganz offen, daß ich mich darauf freue, Sie an Ihrer Arbeit zu sehen. Ich meine immer, es sei das einzige Mittel, einen Mann wirklich kennen zu lernen.“

„Das Ihnen daran gelegen ist, macht mich sehr froh. Wann werden Sie kommen?“

„Das vermag ich jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht in einigen Tagen, vielleicht auch erst in einigen Wochen. Ich kann niemals lange vorher über meine Zeit bestimmen. Jedenfalls werde ich Ihnen vorher schreiben. Und nun sind wir am Ziel meines Weges. Draußen wohnt mein Vater.“

Er hatte noch eine Frage auf dem Herzen. So gewagt sie sein mochte, er konnte sie nicht unterdrücken. „Als wir neulich miteinander gingen, wurden Sie von einem Herrn gegrüßt, den Sie nicht zu sehen schienen. Aber es stand deutlich auf Ihrem Gesicht, daß Sie ihn dennoch gesehen hatten. Oder sollte ich mich darin getäuscht haben, Fräulein Madelung?“

„Nein, Sie täuschen sich nicht. Weshalb fragen Sie mich danach?“

„Weil ich gern erfähre, wer es gewesen ist. Ich vermute nämlich, daß der Mann einmal von Einfluß auf Ihr Leben war, und daß Sie Ursache haben, ihm zu grollen.“

„Seinen Namen kann ich Ihnen wohl nennen. Es ist der Staatsanwalt Doktor Bohmer. Er verkehrte viel bei uns, als ich noch in meines Vaters Hause lebte.“

„Ungewöhnlich häufiges äßerte sie so lange mit der Antwort, daß er schon früher, wie nun doch ersäunt zu haben. Aber als sie sich ihm wieder aufzehrte, war nichts von Umfließen in ihren Zügen.“

„Ja“, sagte sie einfach. „Ich habe keinen Grund, es zu verschweigen. Es gab eine Zeit, mo ich an die Möglichkeit dachte, eine Frau zu werden. Aber als er eines Tages um mich warb, wies ich ihn ab.“

„Weil Sie ihn doch nicht herzlich genug liebten, nicht wahr?“

„Darauf weiß ich nicht zu antworten. Der unmittelbare Grund war jedenfalls ein anderer. Und darüber kann ich nicht sprechen.“

Gesentken Hauptes und mit traurigem Gesichtsausdruck stand Meiners vor ihr.

„Sie liebten ihn also doch“, sagte er leise. „Und Sie liebten ihn wohl noch heute.“

„Der Herr Doktor ist noch in seinem Arbeitszimmer“, berichtete das Mädchen, das Herta empfing. „Soll ich ihn rufen?“

„Nein, bemühen Sie sich nicht. Ich gehe zu ihm.“

Sie durchschritt den kurzen Verbindungsgang und klopfte an die kleine Tür.

„H herein!“ rang von drinnen eine milde, etwas verschleierte Stimme, und als sie das große, bis auf den winzigen Lichtreis der Schreibtischlampe völlig verdundelte Gemach betrat, fragte die Stimme weiter: „Bist du's, Rosa? Ist denn das Theater schon aus? Und hat Herr von Trostau dich nicht nach Haus begleitet?“

Jetzt erst, da Herta ins Pforte trat, erkannte er seinen Jertum. Und er erobd sich, sie zu begrüßen.

„Ah, du bist es! Sei mir willkommen. Ich hatte schon die Hoffnung aufgegeben, dich heute noch zu sehen. Willst du ablegen? Und soll ich dir irgend etwas vorlesen lassen?“

„Ich danke, Vater! Spätestens um halb elf muß ich in der Klinik sein. Da höre ich wohl am besten gleich hier, was du mir sagen willst.“

„Sie ließ sich auf das lederüberzogene Klubssofa nieder, und Doktor Madelung setzte sich an ihre Seite. Trotz aller Entfremdung flutete eine Woge heißen Mißtraus aus Hertas Herzen auf, als sie ihren Blick auf dem verfallenden Antlitz des nach nur wenig Monaten so schönen und patzigen Mannes ruhen ließ. Aber sie wußte, daß es ihm immer peinlich war, wenn sie, die Herzin, sich nach seinem Gesundheitszustand erkundigte. Darum hatte sie jede Bemerkung über sein Aussehen unterdrückt.

„Ich bin seit langem gemüßigt, daß du wenig Zeit für mich hast“, erwiderte er ohne Bitterkeit, aber in der müden Art, die sie noch mehr beunruhigte, als die äußeren Anzeichen seines raschen Alters. Und du kannst dir denken, daß ich dich nicht ohne triftigen Grund bemüht habe, Es hat sich jemand über dich beklagt.“

„Ueber mich? Und bei dir? Wer kann das gewesen sein?“

„Doktor Bohmer?“

„Ah!“ fuhr sie in Erstaunen auf. „Er war also hier? Du hast dich mit ihm ausgesöhnt?“

„Waren wir denn Feinde? Es ist doch eigentlich nichts anderes zwischen uns geschehen, als daß er eines Tages ohne jede Erklärung forschte. Aber er ist nicht bei mir gewesen. Wir haben uns gestern in der Wandelhalle des Justizgebäudes getroffen und ein Weisiges unterhalten. Da die Unterredung von ihm ausging, durfte ich sie mit wohl gefallen lassen.“

„Und weshalb hat er mich angefaßt?“



# Das Wirtschaftsgebiet Merseburg-Zeuna-Geiseltal.

Über dieses Thema hielt Herr Hegel und Bauart Dr. Proget in der ersten Sitzung des Landtagsamtes am 18. März in einer gemeinsamen Sitzung bereits kurz berichtet, einen Vortrag, aus dem wir nachfolgend das Wichtigste wiedergeben.

Die Anregung zur Vorbereitung von einheitlichen Siedlungsplänen für den Mitteldeutschen Industriebezirk geht von dem Herrn Minister für Volkswirtschaft aus; die erste Beratung fand im März 1923 unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Seidel bei der Regierung in Merseburg statt. An der Vorbereitung nahmen u. a. Vertreter des Oberpräsidenten in Magdeburg, der Landesbauplanung Leiter, der Landtagsabgeordnete Dominicus und Direktor Leopold teil. Im Februar 1923 erfolgte ein Besuch des Volkswirtschaftsminister Schöner in Merseburg und im Anschluss daran richtete im März 1923 der Regierungspräsident den förmlichen Auftrag des Ministers, die Förderung der Aufstellung von Siedlungsplänen in die Hand zu nehmen. Bei dem Interesse, das der deutsche Braunkohlen-Industrie-Berein und der hiesige Bergwerkverein der Angelegenheit entgegenbringen, ist zu hoffen, dass die Angelegenheit ein rasches Entschieden zu Gunsten des Geiseltales auch ohne Schaffung einer großräumigen Organisation erreicht wird. Man kann sich dabei auf die Erfahrungen, die man im Ausland und in Deutschland im Ruhrgebiet gemacht hat, stützen. Hier wurde 1910 die Gründung eines Siedlungsverbandes angebahnt und in den nächsten Jahren in der hiesigen Weise durchgeführt. Bei der damit im Zusammenhang lebende Wasserleitungsverfassung verschwand die Einheit fast vollständig. Ein Fall, der in Europa wohl einzig dastehen dürfte. Sie besteht nur noch als Abwärtstendenz, der es ermöglicht, die vielen schmalen Abwärtstendenzen zum Rhein auszuführen, ein spiegelbildlicher Fall, den man im Geiseltal auch zu erzielen versuchen muß.

Die liegen auch die Verhältnisse im Mitteldeutschen Bezirk und wie weit erstreckt sich dieser? Der Redner führte zu dieser Frage eine Menge wertvolle volkswirtschaftliche Literatur an.

Wenn wir große Teile der Provinz Sachsen der Freistaaten Sachsen, Anhalt und Thüringen unter dem Begriff Mitteldeutschland zusammenfassen, so ist festzustellen, daß das Gebiet, wie wenig andere Teile Deutschlands, fast eines großen Reichturns ebenermaßen in land- und forstwirtschaftlicher, als auch in industrieller und gewerblicher Hinsicht stark. Wir zählen nur auf das Holzzeigeln, Braunkohle, Eisen, Mineralöl, Paraffin, Zunder, Zement, Papier, Glas, Gummi, Eisenbergbau, Industrie der Steine und Erden, Textilindustrie und insbesondere auch die Elctrikitätswirtschaft, die in Mitteldeutschland in hervorragender Weise ausgebildet und organisiert ist.

Für das ganze große mitteldeutsche Gebiet einen Siedlungsplan zu schaffen wie im Ruhrgebiet gefordert kommt in Frage, da eine vollständige in diesem großen Rahmen die Arbeit heranzuziehen kaum vorliegt. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeit, da sie sich nicht nur über verschiedene Provinzen, sondern auch Staaten erstrecken müßte, kaum durchführbar ist. Es handelt sich hier auch im Gegensatz zum Ruhrgebiet nicht um zusammenhängende große Industriezentren, sondern um einzelne getrennte Industriezentren. Für den Bereich des Geiseltales Merseburg sind dies, wenn man von dem Landkreis Zeitz, das sich mit Lauchhammer (Lins-Hoffmann A.G.) in den Kreis Liebenberg hineinzieht, abhebt, die Gebiete um Bitterfeld, Halle, Einleben, Merseburg und Weiskensfeld-Geiz. Die Bedeutung der Gebiete Bitterfeld und Zeitz wird am besten gekennzeichnet durch die Namen der großen Werke:

Im Bitterfelder Gebiet sind es vor allem die Farben- und die Glasfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, die Großtextilwerke Jülichens, die Elektrochemischen Werke, die chemische Fabrik Briesheim-Elektron und Neustadt, in Zeitz ein Gebiet von Holzfällen, insbesondere auch einschließend in Ammenberg, in Einleben die Mansfeld A.G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb, die Nieders-Montanwerke und Weiskensfeld-Geiz in Merseburg das Ammoniakwerk, die Braunkohlenindustrie des Geiseltales; das Buchholzwerk Eichen-Solingen und das Zeitz-Werkzeug- und Maschinenbau in Zeitz. In Weiskensfeld-Geiz gleichfalls Nieder-Montanwerke und Weiskensfeld-Geiz und ganz insbesondere im Ludenauer Kohlengebiet, außerdem das Metallwerk-Motoren, das nach Meuselwitz und nach Altenburg, sowie nach Vorna im Freistaat Sachsen zieht.

Wenn Halle an die Bearbeitung eines Erdvererbesungsplanes sich nicht alle anderen großen Städte, z. B. Merseburg, Weiskensfeld, Gera und Zeitz anschließen, so wird, entgegen der Erwartung, die Sache nicht zu Stande kommen. Die Sache ist, daß die Bearbeitung von Siedlungsplänen am dringlichsten sein.

Im Bitterfelder Gebiet ruht der Braunkohlenbergbau vor allem auf den Ablagerungen zu beiden Seiten der Mulde bei Bitterfeld und Grafenbühnen. Wittern dürfen

das Kohlengebiet führen die großen Straßen Leipzig-Wolfenbüttel, Magdeburg und Berlin-Bitterfeld-Bitterfeld-Saale.

Die Kohlenfelder haben im Gegenwärtigen im Geiseltal nur eine Mächtigkeit von 6-15 Meter. Auf das Holz legt sich Sand, der nach oben meist in blauen fetten Ton übergeht. Dieser ist die Grundlage der Bitterfelder Größtkohle, die für die chemische Industrie, die ein harter Wasserstoffbraucher ist, die Möglichkeit zur Anlieferung, günstige Lage der Kohle führte zur Errichtung der großen Liebertalzentralen bei Müdenstein und Wolpa.

Im Merseburger Geiseltal liegen im Geiseltal die Bitterfelder insofern ganz besonders als dort in kurzer Zeit ein landwirtschaftlich hochproduzierendes Gebiet der Benutzungsart entzogen wurde. Die Wagerung der Kohle bis zu einer Mächtigkeit von 100 Meter machte es unmöglich, die abgebauten Streden sofort wieder einzunehmen und auf die Kohle, über das zum Lagern benötigte Gelände hinüber, eine weitere größere Streden für die Abnutzung in Benutzung zu nehmen. In der Bitterfelder Region lassen sich die Grundstücke, die entzogen sind, wieder einnehmen und der früheren Benutzung zurückgeben, wobei freilich für die wirtschaftliche Umwandlung wichtig ist, daß das in Frage kommende Gebiet bei Bitterfeld auf außerordentlich tiefen Höhen liegt.

Was bleibt uns nun zunächst für die beiden bedeutenden Gebiete Bitterfeld und Merseburg und weiterhin für die übrigen Gebiete an?

Keine Schaffung einer großen behördlichen Organisation, sondern nur eine Bearbeitung von Siedlungsplänen für die Wirtschaftskreise nach einheitlichen Richtlinien auf Grund freier Vereinbarung der für diese Frage interessierten Kreise.

Die Aufstellung und Bearbeitung der Siedlungs- und Bebauungspläne ist nach geltendem Recht Sache der Gemeinden, denen damit die Verantwortung für die Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft, des Handel und des Industrie zufällt. Aufgabe der Staatsverwaltung liegt es, die Siedlungspläne im Einvernehmen mit den Gemeinden nach gewissen, von der Staatsverwaltung festzulegenden Richtlinien aufgestellt werden. Die Gemeinden bearbeiteten bisher solche Pläne nur für ihren begrenzten Bezirk, legten sie auf Grund des flächengemessenen und stellten sie nach Einigung der Beteiligten auf. In der Regel ist die Grenzlinie der Bezirke, hinaus waren nicht etwa mit anderen Gemeinden zu einem Zweckverband zusammenzuschließen; wie dies z. B. bei dem Zweckverband Zeuna der Fall ist und wie dies der Landrat in Merseburg in großem Maßstabe 1921 für Halle Stadt und Land und Merseburg Stadt und Land angestrebt hat. Die Siedlungspläne bieten Gelegenheit, öffentliche und private Belange, sowie ihren Ausgleich rechtzeitig in Betracht zu ziehen.

Im Besonderen sind sie geeignet, Schwierigkeiten bei der förmlichen Festsetzung der Bebauungs- und Flächennutzungspläne, die von den Gemeinden nach den Bedürfnissen der näheren Zukunft aufgestellt werden, aus dem Wege zu räumen.

In den Siedlungsplänen sind die Flächen, die dem Wohn- und der Industrie dem Bergbau, dem Handel, dem Verkehr und der Erholung dienen sollen, erkennbar zu machen. Ferner sind darin die Durchgangs- und Ausfallstraßen, sowie Verkehrsänderungen (Gelandestreifen, die Verkehrsmittele aller Art, insbesondere Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Kraftstraßen, die auf wirtschaftlicher, so wie auf Wasserwegen ausgebaut werden sollen) aufzunehmen.

Grün- und andere Freizeitanlagen, deren dauernde Freistellung von Bauwerken anzustreben ist, oder deren Bebauung nur soweit gestattet werden soll, als es durch die geplante Nutzungsbildung bedingt ist, sind als solche zu kennzeichnen.

Die auf wirtschaftliche, so wie auf soziale, sowie auf andere Belange des öffentlichen Lebens zu richtende Maßnahmen sind auf alle Fälle zu beachten.

Bei der Durchführung der Pläne ist darauf zu achten, daß alte Bauwerke und Ortskerne nicht in ihrer Eigenart zu erhalten sind. Ihre Schäden sind nicht rücksichtslos zu erweitern, sondern der durchgehenden Verkehr ist planmäßig umzuleiten. Schäden abzutragen sind auf alle Fälle zu löschen.

In einer Sitzung am 6. Dezember des vorigen Jahres, an der der Landrat von Merseburg, Querfurt, Weiskensfeld und die Stadt Merseburg teilnahmen, ist einmütig der Oberbürgermeister von Merseburg gebeten worden, die Angelegenheit des wirtschaftlichen Merseburg-Zeuna-Geiseltal in die Hand zu nehmen.

Wir hoffen im Interesse der Sache, daß es dem Ausschuss gelingen möge, die verhältnismäßig geringen Mittel, die vorläufig für die Gewinnung geeigneter Kräfte und des Material für die Bearbeitung der Pläne aufzubringen, damit der Aufbau rasch bald beginnen kann.

## Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Februar 1924.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug im Monat Februar die Kohlenförderung 7.413.904 Tonnen (Vormonat 7.881.715 Tonnen), die Bruttoerzeugung 1.774.814 Tonnen (Vormonat 1.727.084 Tonnen), die Kohlerzeugung 34.512 Tonnen (Vormonat 37.146 Tonnen). Der Rückgang der Kohlenförderung belief sich demnach auf 5,9 Prozent, die Erzeugung der Bruttoerzeugung auf 2,8 Prozent, der Kohlerzeugung auf 7,1 Prozent. Der Februar datet 25. den Januar 26 Arbeitstage. Die arbeitstätige Produktion lief sich für Kohle somit auf 296.536 Tonnen (Vormonat 303.143 Tonnen), für Brutto auf 70.993 Tonnen (Vormonat 66.426 Tonnen), für Kohle auf 1380 Tonnen (Vormonat 1423 Tonnen). Die erhaltene Kohle für den Monat Februar betrug 6,8 Prozent, für Brutto auf 6,9 Prozent und für Kohle auf 3,4 Prozent.

Infolge des Mineralabbaus an Kohle blieb die Förderung im Vormonat hinter der Förderung im Vormonat zurück. Der schlechte Absatz war zu einem guten Teil die Folge des Darunternehmens der Stahlindustrie und des Streiks in der Metallindustrie. Nach einer Verabreichung der Kohlenförderung am 4. Februar hielt sich der Absatz der wichtigsten Abnehmerindustrien in beherrschenden Grenzen. Der Absatzstand bezog nur geringe Mengen Kohle. Dagegen war seine Abnahme an Bruttoerzeugung infolge des kalten Wetters außerordentlich lebhaft. Während der ersten Hälfte des Monats waren die Bruttoerzeugung im öffentlichen Erdgas durch kalte Fortsetzung der Kohleerzeugung in erheblichem Maße zurückgegangen. Der Kohleerzeugung durch öffentliche Erdgas durch kalte Fortsetzung der Kohleerzeugung in erheblichem Maße zurückgegangen. Der Kohleerzeugung durch öffentliche Erdgas durch kalte Fortsetzung der Kohleerzeugung in erheblichem Maße zurückgegangen.

waren; bei diesen Bauten sind durch die überhöhten Stilllegungen vielfach große Schäden entstanden, ganz abgesehen davon, daß oft die Materialkosten in großem Umfang dem Verderben und dem Verfall preisgegeben waren. In dem überhöhten Teil der öffentlichen Bauwerke ist der Baukörper ebenfalls noch immer ein großer Teil der landlichen Gemeinbetriebe sind der Erwerbslosenfürsorge zugeführt worden. Man kann im allgemeinen schätzen, daß der Beschäftigungsgrad der Baugewerke zur Zeit etwa nur zehn Prozent des normalen beträgt. Nur an verhältnismäßig wenigen Stellen ist eine weitere Beschäftigung vorzunehmen.

Im wesentlichen sind diese Zustände veranlaßt durch die außerordentliche Verknappung des Kapitalmarktes, die die Bauwirtschaft bringt, aus Mangel an eigenen Mitteln von ihrem Bauvorhaben abzulehnen und die die Baugewerbetreibenden verhindert, zur Gewinnung von Aufträgen Kredite zu gewähren. Gerade im Baugewerbe ist die Kapital- und Kreditnot außerordentlich groß, da die dem Baugewerbe eigentümliche Verzögerung in den Abrechnungsorganen und die Unmöglichkeit der Feststellung des täglichen Leistungsstandes in den Zeiten der Geldentwertung außerordentlich große Zubehörlaufe verursachen. Die Kapitalknappheit zwingt zur Arbeit um jeden Preis und dieser Preisveranlassung zu den höchsten Preisen. Die Arbeit knappheit mit beinzieht. Die an die Finanzierung mancher Materialpreise, die vielfach noch über Friedenspreis liegen, mag viel zum Darunterliegen der Bautätigkeit beitragen. Jeder hat es den Angesehen, als ob spekulative stärke Baumaterialien im Preis fünfzig bis hundert Prozent teurer seien. Diese Preissteigerung hat die Bauwirtschaft in die größte Krise des Krieges getrieben, da sonst nie eine Wiederbelebung der Bauwirtschaft eintreten kann.

Die schlechte Lage des Baugewerbes hat zu umfangreichen Arbeiterentlassungen geführt. Allein in Effen dürfen es noch immer 5000 erwerbslose Bauarbeiter geben; für das gesamte Ruder ist mit einer Zahl von rund 100.000 baufähigen Erwerbslosen zu rechnen. Dabei ist jedoch nicht berücksichtigt, daß eine Beschäftigungslosigkeit im Bauhauptgewerbe eine ganze Reihe von Baugewerben automatisch in Arbeitslosigkeit mit hineinzieht. Die an die öffentlichen Bauarbeiter gezahlten Erwerbslosengelder werden in einem Vierteljahr eine Summe aus, mit der im Frieden ungefähr 3000 Wohnungen hätte hergestellt werden können. Es wäre viel zweckmäßiger, mit diesen Beträgen eine produktive Erwerbslosenfürsorge zu treffen, anstatt die volkswirtschaftlich bedenkliche "Hilfe" in dieser Weise zu verwenden.

Eine Besehung der baugewerblichen Wirtschaftskatastrophen, deren steuerliche Folgen auch für die Staatsfinanzen von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren, erfordert nur möglich, wenn alle Steuern für die Besteuerung von Baugeldern schleunigst beboben werden. Verschieden wären: Zulassung von Auslandskapital auf dem Wohnungsmarkt, Freigabe der Wohnungskredit, die Besteuerung der Baumaterialien, Kredite an Bauämter und Bauunternehmer, Steuererleichterung bei Bauvorhaben.

## Das Alkoholverbot in Finnland.

Von interessanter Seite wird uns geschrieben: Die Frage einer Fortsetzung Deutschlands, die von der deutschen Wirtschaftsbewegung in die Diskussion der breiten Öffentlichkeit geworden worden ist, nimmt auch in der Presse einen immer größeren Raum ein. In der Hauptsache sind es die amerikanischen und das finnische Alkoholverbot, auf deren Erfolge sich die deutsche Wirtschaftsbewegung als Vorbild außerordentlichen Schades des amerikanischen Verbotsgesetzes in wirtschaftlicher, moralischer und gesundheitlicher Hinsicht sind dem deutschen Volke zur Genüge bekannt. Es dürfte nunmehr interessieren, auch über Finnland zu orientieren. Einmal etwas zu erfahren. Der Wert einer Verbotsgesetzgebung zur Bekämpfung der Erscheinungen eines übermäßigen Alkoholkonsums scheint aus den Erfahrungen Finnlands zu sein, daß man dem deutschen Volke empfehlen könnte, mit solchen Experimenten im eigenen Lande nicht zu operieren.

Der Herr-Brandlund, Helsingfors schreibt: Im Jahre 1913 war der Verbrauch an alkoholischen Getränken in Finnland berechnete nach einer Stärke von 100 Prozent, welcher sich in den Jahren 1870 bis 1880 auf 2,6 Liter pro Kopf und Jahr stellte, auf 1 Liter heruntergegangen. Man kann wohl — wie Prof. O. Ahoan neulich in einer Rede gegen das Alkoholverbot in Helsingfors geäußert hat — behaupten, daß Finnland damals das nützlichere Land in Europa war. Mit der Einführung des Alkoholverbotes am 1. Januar 1919 nahm der Verbrauch unmittelbar in bedeutendem Maße zu. Im ersten Halbjahre 1919 waren die Trunkenheitsvergehen nur 864 und haben seit dem in so starkem Maße zugenommen, daß sie im November des Jahres 1923 eine Anzahl von 446 erreichten, wobei einer Einwohnerzahl von 3,5 Millionen). Aus der Annahme, in diesem Jahre kann man interessante Schlussfolgerungen auf das Fortkommen der Trunkenheitsvergehen überhaupt schließen.

Die Kurve für die vom Zoll beschlagnahmten Alkoholverträge ist ebenso gewaltig gestiegen. 1913 wurden 4261 Liter und im Jahre 1923 auf 93.400 Liter. Der Verbrauch und einer Stärke von 100 Prozent beschlagnahmt. In dieser Summe sind Weine und Spirituosen nicht mit eingeschlossen, jedoch die Mengensiffer der gesamten beschlagnahmten Spirituosen sich weit höher stellen dürfte. Hierbei ist fernere zu bemerken, daß nach der Ansicht der Zollbehörden nur 10 Prozent des eingeschmuggelten Spirituosen beschlagnahmt werden.

Der Schaden sowohl in wirtschaftlicher wie in moralischer Hinsicht, den dieses Gesetz des totalen Alkoholverbotes für Finnland mit sich gebracht hat, ist kaum zu übersehen. Bei der Einführung des Gesetzes wurden Menschenverstand und Vernunftvollständigkeit unberührt, wird im allgemeinen nicht durch die Folge geleitet, was auf jeder zweite in viel Alkohol getrunken und eingeschmuggelt worden, wie während der 4 Jahre des Verbotes.

In Finnland, das der Hauptlieferant von eingeschmuggeltem Alkohol für Finnland ist, blüht die Spiritusfabrikation. In diesem Lande arbeiten z. B. 1500 Spiritusfabriken und Finnland hat seine Staatskassen zum größten Teil mit Steuereinnahmen aus der Alkoholverkehrung besetzen können. Mancher von den Fischern, die ganze Küste Finnlands entlang, hat seinen alten guten Beruf für das weit mehr lohnende Spiritusgeschäft aufgegeben. In schnell gehenden Jahren ist der Alkoholismus in den ganzen Sommer und spär den Winter über, ein flüchtiges Übel geworden. Die finnischen Alkoholverbotes bieten außerordentlich gute Schutzmittel für die Schmutzigen. Und werden sie mal erndet und die verbotene Fall von den Zollbehörden beschlagnahmt, ist der Schaden im Vergleich zu dem, was ein Alkoholverbot gebracht. Der Verbot ist übermäßig vollkommen, da es sich um ein Alkoholverbot handelt.

Was vertritt Finnland den ökonomisch auf Grund des Alkoholverbotes? In den Jahren 1910-1913 war der Jahresverbrauch an Alkohol etwa 8 Millionen Liter. Vor dem Verbot, im Jahre 1914 war der Verbrauch auf 5 Millionen Liter zurückgegangen. Nach den Berechnungen des Jahresverbrauchs, auf 40 Prozent von 8 Millionen Litern beschlagnahmt werden — also in Wirklichkeit größer,

da man annehmen darf, daß ganz 40 Prozent nicht beschlagnahmt werden.

In den Jahren 1910-1913 waren die Staatseinnahmen aus der Spiritusfabrikation 69,6 Millionen finnische Mark oder 19,8 Prozent der gesamten ordentlichen Einnahmen. Nach dem Vorgebilde für das Jahr 1924 sollen die ordentlichen Einnahmen des Staates 2,7 Milliarden und der Beitrag der noch funktionierenden Alkoholverbotesfabriken 37,1 Millionen Finnmark ausmachen, also nur 1 Prozent der Einnahmen. Die direkten Ausgaben für das Alkoholverbot des Staates betragen — außer Polizei, Zollbeamten usw. — und das noch unerschöpflich geblieben. Wenn man nach der ordentlichen Statistik berechnet, daß die Summe, die der pro Kopf und Jahr für Spiritus bezahlt wird, 54 Mark ausmacht, werden also im Jahre 1924 200 Millionen finnische Mark in den Verkauf von Spiritus bezahlt. Da die Summen weder dem Staat noch den Gemeinden einleuchtend; Ferner einbringen, sieht man ein, was der Staat dabei verliert.

In räumlicher Hinsicht hat das Alkoholverbot ebenfalls wirtschaftliche wie moralische Übel gebracht. Über 700 Betriebe sind geschlossen, die Herstellung von Alkoholverbotes abgibt. Der jährliche Mittelwert für diese Gefangenen kostet dem Staat 7,2 Millionen Mark. Vergleichsweise mag genannt werden, daß die entsprechende Anzahl Gefangener in Schweden ein Drittel ausmacht, obwohl Schweden Bevölkerung beinahe zweimal so groß ist, wie die Finnlands.

Finnlands durch das Alkoholverbot hervorgerufene Haltung gegen die weinproduzierenden Länder bringt große ökonomische Verluste mit sich. Spanien, z. B. hat einen Zollfreizug gegen Finnland in Gang gesetzt, der sehr ungenügend auf den größten Export Finnlands, den Holzexport einwirkt und hat früher vor Spanien der Abnehmer von 7,6 Prozent von Finnland gewonnen. In Spanien, z. B. hat die Einnahmen waren noch 1921 31,3 Millionen Mark, z. J. 1923 (Januar bis September) nur noch 8,3 Millionen Mark. Finnland hat gegenwärtig 100.000 Ebs. unverschuldet Holzwaren. So verlieren auch die früher sehr regen Handelsverbindungen zwischen Finnland und Spanien an Bedeutung. Das Alkoholverbot hat eine allgemeine Demoralisation und Mißachtung gegen andere Gesetze hervor-

